Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 26 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 80 Goldpfennige, auswärtige Reklamen 1 Goldmark, amtliche Zeile 50 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 200 — Sonnabend, den 28. August 1926 — 21. Jahrgang

Stresemann über Genf, Eupen und Malmedy.

Sitzung des Auswärtigen Ausschusses.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist unter dem Vorsitz des Abgeordneten Hergt gestern vormittag zusammengetreten. Die Sitzung war, trotz der Parlamentsferien, gut besucht und das Interesse für die in Aussicht gestellten Erklärungen des Reichsaußenministers Dr. Stresemann über Genf und Eupen-Malmedy sehr groß.

Schon vor dem Betreten des Sitzungssaales wurde Dr. Stresemann von Abgeordneten mit Fragen bestürmt, die er damit beantwortete, daß seine Rede nichts „Sensationelles", sondern lediglich eine Darstellung der bisherigen Verhandlungen über diese beiden Fragen der Außenpolitik enthalten werde. Vor Beginn der sachlichen Erörterungen verlangten die Kommunisten einen Beschluß auf Erklärung der Oeffentlichkeit der Verhandlungen, die im Auswärtigen Ausschuß prinzipiell vertraulich sind. Das kommunistische Verlangen wurde von allen anderen Parteien abgelehnt.

Die Beratung wurde eingeleitet durch

die Rede Stresemanns,

der zunächst eine Darstellung jener Verhandlungen gab, die sich auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die wichtigste Voraussetzung dafür, die Zusammensetzung des Völkerbundsrates bezog. Sodann ging der Reichsaußenminister auf die Besprechungen der deutsch-belgischen Unterhändler über Eupen-Malmedy ein. An die Ausführungen Stresemanns, die etwas über eine halbe Stunde währten, schloß sich die Aussprache an, an der sich die Vertreter aller Parteien beteiligten.

Offiziös wurde über die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses mitgeteilt: „Zunächst behandelte Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann in einer über eine Stunde währenden Rede die außenpolitische Lage. Alsdann sprachen die Abgeordneten Kaas (Ztr.) und Graf Westarp (Dntl.). Die Aussprache war vertraulich. Neben dem im Mittelpunkt des Interesses stehenden Völkerbundsproblem wurden auch

die Besatzungs- und Entwaffnungsfrage

sowie die Verhältnisse im besetzten Gebiet eingehend erörtert. Im weiteren Verlaufe der Sitzung nahmen noch die Abgeordneten Dernburg (Dem.), Stöcker (Komm.), Dr. Bredt (Wirtsch. Vereinigung), Wallraf (Dntl.), Dr. Hilferding (Soz.), Graf Reventlow (Völk.), Dr. Scholz (D. Vp.), Dr. Quaatz (Dntl.) und Dr. Rosenberg (Kom.) das Wort. Reichsaußenminister Dr. Stresemann beantwortete zusammenfassend verschiedene Fragen, die sich aus der Diskussion ergeben hatten. Zwei kommunistische Anträge, die den Nichteintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Einberufung des Reichstagsplenums vor der Völkerbundstagung wünschten, wurden abgelehnt. Hierauf vertagte sich der Ausschuß. Die Einberufung der nächsten Sitzung wurde dem Ermessen des Vorsitzenden überlassen."

•

Berlin, 26. Aug. Die Vorfragen für die Behandlung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund sind, soweit die parlamentarische Seite in Betracht kommt, in der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses abgeschlossen worden. Nunmehr wird ein Kabinettsrat in diesen Tagen die Zusammensetzung der Delegation und die von deutscher Seite auf der am 30. d. M. beginnenden zweiten Tagung der Studienkommission für die Ratsreform einzunehmende Haltung bestimmen. Nach Abschluß der Arbeiten in der Studienkommission wird die deutsche Delegation zusammengestellt werden, wobei auch die Hinzuziehung von Parlamentariern zur Besetzung gewisser Kommissionen des Völkerbundes in Aussicht genommen ist.

Bei dem Besuche des Rechtssachverständigen im französischen Außenministerium Fromageot handelt es sich um einen Ueberblick über die voraussichtliche Rechtslage, die sich aus der Verwirklichung des Cecilschen Vorschlages über die Ratsreform ergeben würde und über die technischen Möglichkeiten einer Rücksichtnahme auf gewisse spanische Wünsche. Die Möglichkeit, eine Kompensation für die Milderung der bisherigen spanischen Ansprüche in Form des Mandats über Tanger zu erhalten, gestattet der spanischen Regierung offenbar bis zu einem gewissen Grade auf den Boden der vorgeschlagenen Reform zu treten. In diesem Falle würde auch der polnische Anspruch auf einen ständigen Ratssitz nicht mehr die gleiche Bedeutung haben wie vordem, weil Polen schwerlich das Odium auf sich nähme, als einzige Macht die Uebereinkunft innerhalb des Bundes zu vereiteln. Es besteht also zurzeit in Berlin der Eindruck, daß die Gewährung eines einzigen ständigen Ratssitzes für Deutschland diesmal geregelt sei. Ueber den Weg dahin geben die von dem belgischen Außenminister Vandervelde kürzlich getanen Aeußerungen einen gewissen Anhalt. Dabei dürfte es sich nicht darum handeln, die Dauer des Mandats und der Wiederwählbarkeit abzuändern, ebensowenig darum, die qualifizierte Mehrheit zur Bedingung für eine Wiederwahl zu machen, sondern es handelt sich vielleicht um die Wünsche einzelner Mächte, diesmal im voraus eine Zusage in Bezug auf die Prolongierbarkeit ihres Mandates zu erhalten, ferner um das eventuelle Fallenlassen der Kassationsklausel. In diesem Zusammenhang muß unterstrichen werden, daß die Wiederwählbarkeit nicht etwa die Wiederwahl bedinge. Es ist anzunehmen, daß wohl alle mit nichtständigen Sitzen ausgestatteten Staaten eine solche Wiederwahl beantragen. Man glaubt hier, daß für die Wahl Deutschlands noch drei Vorgänge in Betracht kommen: 1. der Beschluß der Bundesversammlung über die Aufnahme Deutschlands, 2. der Beschluß des Rates über die Gewährung des ständigen Sitzes und 3. die Genehmigung der Bundesversammlung hierzu. Man nimmt an, daß diese Maßnahmen dicht zusammengelegt werden, und daß die deutsche Delegation dann innerhalb von 24 Stunden zum Eintritt in den Bund und zum Beginn sachlicher Arbeiten in Genf eintrifft.

Botschafter von Hoesch bei Briand.

Paris, 26. Aug. Der deutsche Botschafter von Hoesch hatte heute vormittag Unterredungen mit dem Minister des Auswärtigen Briand und dem Generalsekretär im Außenministerium Berthelot. Sie betrafen eine ganze Reihe schwebender Probleme und bezogen sich insbesondere auf die bevorstehende Völkerbundstagung, vor allem auf die am Montag beginnenden Beratungen der Studienkommission für die Völkerbundsreform.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" mitteilt, wird der deutsche Botschafter in Paris v. Hoesch heute in Berlin erwartet, wo er am selben Tage mit Reichskanzler Dr. Marx und Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die Richtlinien für die Genfer Vorbesprechungen eine Unterredung haben wird. Am Sonnabend abend wird v. Hoesch von Berlin nach Genf abreisen. Eine Teilnahme des Ministerialdirektors Dr. Gaus an den Beratungen der Studienkommission ist nicht mehr in Aussicht genommen.

Die französische Delegation beim Völkerbund.

Paris, 26. August. Wie Paris Soir erfährt, hat der Minister des Aeußern Briand nach Schluß des Kabinettsrats mitgeteilt, die französischen Vertreter für die Völkerbundsversammlung würden in einer der nächsten Sitzungen des Kabinettsrats benannt und ihre Mandate festgelegt werden.

Die luxemburgischen Delegierten zur Völkerbundstagung.

Luxemburg, 26. August. Staatsminister Bech und Kammerpräsident Reuter werden Luxemburg auf der Septembertagung des Völkerbundes vertreten.

England über die Tangerfrage.

London, 26. Aug. Der diplomatische Berichterstatter des „Evening Standard" schreibt, ein zwischen der Admiralität und dem Foreign Office bezüglich der Tangerpolitik Großbritanniens entstandener Konflikt habe zugunsten der Admiralität geendet. Das Foreign Office habe anfänglich den spanischen Anspruch auf Tanger günstig angesehen, die Admiralität machte jedoch geltend, daß Tanger ebenso wie Gibraltar eines der Tore des Mittelmeeres und des Atlantischen Ozeans sei, und daß der Unterseebootkrieg die gesamte strategische Lage geändert habe.

Erkrankung Abd el Krims.

Paris, 26. August. Dem Journal des Debats wird aus Fes gemeldet, Abd el Krim sei unpäßlich. Der leitende Arzt des Militärhospitals habe ihm einen Besuch abstatten müssen.

Abschluß eines tschechoslowakisch-ungarischen Handelsprovisoriums.

Prag, 26. August. Heute wurde hier ein Abkommen über die provisorische Regelung der Handelsbeziehungen zwischen der tschechoslowakischen Republik und Ungarn auf der Grundlage der Meistbegünstigung abgeschlossen. Die Regelung tritt am 1. September 1926 in Kraft und wird bis 31. Dezember 1926 Gültigkeit behalten, bis wann ein ordentlicher Handelsvertrag betreffend den tarifarischen Teil abgeschlossen sein soll.

Das Ende der Diktatur in Griechenland.

„Wenn Diktatoren anfangen, blindlings um sich zu schlagen, wenn sie die Willkür zum Regierungssystem erheben, so bringen sie es mit der Zeit immer so weit, alle Unzufriedenen und Revanchelüsternen der Nation gegen sich aufzubringen. So charakterisiert der „Temps" die Diktaturkunst des griechischen Generals Pangalos, dessen Herrschaft in der Sonntagnacht ein jähes und schmählich ruhmloses Ende fand.

Pangalos geht, ein anderer Diktator folgt ihm nach. Und wieder ist es ein General, umgeben von weiteren Militärs, welcher Griechenland aus dem Sumpf, in den es seit den Niederlagen in Kleinasien versunken ist, retten will. Pangalos war ein schlechter Schüler Mussolinis, ja noch nicht einmal ein ebenbürtiger Ranggenosse Primos von Spanien. Er spielte mehr Diktator, als er es war. Zwar finden wir auch unter seinem Regime die üblichen Terrormaßnahmen: Verhaftungen, Todesurteile, Deportationen, Zeitungsverbote und strenge Zensur. Aber er wandte sie ohne Methode an und war seiner Sache nie sicher.

Etwas über ein Jahr hat sich das Regime Pangalos am Ruder gehalten und während dieser Zeit so ziemlich alle Entwicklungen der Diktatur, vor allem ihre Schäden demonstriert. Mit einem Kabinett begann Pangalos im Juni vorigen Jahres, betonte die Notwendigkeit des Parlamentarismus, verhieß Neuwahlen und gebärdete sich im übrigen recht demokratisch. Das ging etwa ein halbes Jahr, als die Wendung im vorigen Winter kam und Pangalos mit vollen Segeln in die krasse Diktatur hineinsteuerte, wie wir bereits hervorhoben.

Zu Beginn dieses Jahres begann dann die große Unsicherheit. Pangalos sah, daß er bisher keine Resonanz im Volke gefunden hatte, und ihm wurde langsam unheimlich. Von da ab begann ein pseudo-parlamentarischer Kurs, der so recht die Unfähigkeit des Generals zeigte. Die Neuwahlen für den Staatspräsidenten ergaben zwar eine Mehrheit von 85 v. H. der Stimmen für Pangalos, aber die Eigenart dieser Wahl ging daraus hervor, daß sich fast sämtliche Parteien der Stimme enthielten. Staatspräsident Pangalos suchte seinen pseudo-parlamentarischen Kurs fortzusetzen. Verhandlungen mit den Parteiführern wurden begonnen. Als ihm die Forderungen unsympathisch wurden und die Presse sich etwas freier gebärdete, setzten von neuem Verhaftungen der politischen Führer sowie Presseverbote ein, wurden wieder rückgängig gemacht, und so setzte sich das fort bis zum heutigen Sturz des Diktators.

Dasselbe Bild bot der Versuch des Generals, ein Kabinett zu bilden. Drei Kandidaten gaben dem Diktator einen Korb, als sie seine Bedingungen erfuhren. Die Einladung zur Kabinettsbildung trug einen demokratischen Charakter, wenn es sich aber darum handelte, diesen Charakter praktisch durchzuführen, wehrte sich Pangalos und fiel wieder in seine alten Methoden zurück. Selbst seine letzte Kabinettsschöpfung muß eher als Komödie angesprochen werden. Was war unter solchen Umständen von einer Diktatur anderes zu erwarten, als daß sie ein frühes Grab finden werde?

Und wirklich auch! Sang- und klanglos ist das Regime Pangalos gestürzt worden. Nicht ein Tropfen Blut wurde vergossen, nahezu kein Schuß abgefeuert. Selbst die Verhaftung des Diktators, die auf einem Dampfer stattfand, auf dem er sein Heil in der Flucht gesucht hatte, verlief kläglich einfach für Pangalos.

Was vor allem zum Sturze des Generals beigetragen hatte, war in weit größerem Maßstabe als die planlose Herrschaft, sein glänzendes Versagen, die wirtschaftliche Lage, die Griechenland immer schlimmer wurde, auf den Weg der Besserung zu führen. Er hatte die Gewalt ohne Programm an sich gerissen. Er hatte weder die Wirtschaft noch die Finanzen zu sanieren vermocht. Pangalos Diktatur war eine Farce, wie sie leider Griechenland noch so lange bevorsteht, als sich das Volk nicht dazu aufrafft, die Einmischung des Militärs in die Politik zu unterbinden.

Pangalos nach Kreta verbannt.

Athen, 26. Aug. Die Regierung ist einer Verschwörung auf die Spur gekommen, welche unter Führung des früheren Marinekommandanten Koilalexis die Absicht hatte, Pangalos aus dem Gefängnis zu befreien und mit Flugzeug ins Ausland zu schaffen. General Kondilis hat deshalb den früheren Diktator noch in der Nacht in das alte türkische Gefängnis auf der Insel Kreta schaffen lassen. Kreta wurde deshalb gewählt, weil die dortige Bevölkerung durchaus gegen Pangalos gestimmt ist, so daß Kondilis die größte Sicherheit für die Festhaltung Pangalos' geboten erscheint.

General Kondilis übernimmt die Ministerien des Krieges und der Marine. Für das Ministerium des Auswärtigen ist in erster Linie der jetzige griechische Gesandte in Berlin Kanellopaulos, in zweiter Linie der Gesandte in Angora Argyropoulos, in Aussicht genommen.

Die südslawische Regierung hat angefragt, wie sich die jetzige griechische Regierung zur Rückkehr des Generals Plastiras nach Griechenland stelle. General Kondilis hat dem südslawischen Gesandten mitgeteilt, daß General Plastiras die Heimkehr nach Griechenland vollständig freigestellt ist.

SLUB
Wir führen Wissen.